

Presseinformation

258/10

Kiel, 08. September 2010

Frauennotruf Lübeck: „Frauenpolitik hat für Schwarz-Gelb keinen Stellenwert.“

Kiel. DIE LINKE im schleswig-holsteinischen Landtag kritisiert die geplante Finanzkürzung bei der Beratungsstelle Frauennotruf in Lübeck. Die schwarz-gelbe Übergangsregierung plant, die Förderung der Beratungsstelle ab 2012 um 30 Prozent zu kürzen. Die Beratungsstelle ermöglicht Beratung und Hilfe bei sexueller Gewalt und Belästigung.

„Frauenpolitik hat für Schwarz-Gelb keinen Stellenwert“, so Ranka Prante, frauenpolitische Sprecherin der LINKEN. „Die Landesregierung kürzt bei den Armen und Bedürftigen, bei den gemeinnützigen Einrichtungen, bei den Frauen. Dieses Vorgehen ist kurzfristig. Die Zahl der Frauen, die sich an den Frauennotruf wenden, steigt stetig an. Und obwohl der Bedarf steigt, wird die Förderung gekürzt. Die Folgekosten, die durch diese Kürzungen entstehen, werden die heutigen Kosten um ein Vielfaches übersteigen.“

Es falle auf, dass die Sparwut speziell solche Einrichtungen treffe, die der Gleichstellung von Frauen und Männern dienen. „Ich frage mich, ob die Übergangsregierung bemerkt, dass sie komplette und komplexe frauenpolitische Strukturen mit ihren Kürzungsplänen zerschlägt, oder ob dahinter nicht vielmehr Absicht und ein mittelalterliches Weltbild stehen“, so Prante.